

Verhandlungen aufgenommen

[01.12.2015] Die UN-Klimakonferenz in Paris ist gestartet. Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) fordert vor diesem Hintergrund, das Zwei-Grad-Ziel verbindlich völkerrechtlich zu verankern. Ein Klimaabkommen sollte laut dem Verband auf marktorientierte Instrumente setzen.

Die Weltklimakonferenz in Paris ist angelaufen. Am Vormittag des 30. November 2015 hat Barbara Hendricks (SPD), Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, den Deutschen Pavillon auf dem Gelände der UN-Klimakonferenz eröffnet. Wie das Bundesumweltministerium (BMUB) mitteilt, werden in dem Pavillon Veranstaltungen mit namhaften Gästen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verbänden stattfinden. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat angekündigt, Projekte zur Klimaforschung zu präsentieren. Johanna Wanka (CDU), Bundesministerin für Bildung und Forschung, sagte: „Forschung zeigt Handlungsoptionen zur Bewältigung des Klimawandels auf.“ Deutsche Forscher arbeiteten weltweit mit, um die Folgen des drohenden Klimawandels besser zu verstehen und zu beherrschen. Auch die Verhandlungen auf der Weltklimakonferenz beruhen auf Forschung. So habe der Bericht des Weltklimarats IPPC gezeigt, dass trotz der bisherigen Klimaschutzanstrengungen die weltweiten Treibhausgasemissionen durch Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum weiter angestiegen sind. Die Forschungsergebnisse zeigten aber auch, dass ein ambitionierter Klimaschutz die globale Erwärmung auf weniger als 2 Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau begrenzen könne. Deshalb fördere das BMBF nationale und internationale Klimaforschungsprojekte, die sich durch ein hohes Maß an Kooperation zwischen Wissenschaftlern und Entscheidern und Betroffenen vor Ort auszeichneten. So untersuche das BMBF beispielsweise im Forschungsprojekt COMTESS: Sichere Zukunft für Deutschlands Küsten den drohenden Meeresspiegelanstieg an der Nord- und Ostseeküste.

Der BDEW zum Start der Weltklimakonferenz

Der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) fordert in einer Medienmitteilung das Zwei-Grad-Ziel völkerrechtlich verbindlich zu verankern. Darüber hinaus solle das Abkommen klare, verbindliche Verfahren festlegen, die die erforderlichen Minderungsbeiträge in den Staaten sichern. Außerdem sei ein transparenter und stringenter Monitoring-Prozess erforderlich. Hildegard Müller, Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung, erläutert: „Die internationale Staatengemeinschaft muss sich möglichst schnell auf das Ziel verständigen, gemeinsame Standards für Mess-, Berichts- und Verifizierungspflichten zu beschließen, da nur so das nötige Vertrauen zwischen Industrie, Schwellen- und Entwicklungsländern hergestellt werden kann.“ Dabei sollte das Klimaabkommen aus Sicht der Energiewirtschaft auf marktorientierte Instrumente setzen. Auf Technologierestriktionen und Marktbeschränkungen sollte hingegen verzichtet werden. Ein weltweiter Kohlenstoffmarkt sei dabei der richtige Weg zu kosteneffizientem Klimaschutz. Die Energiewirtschaft erhoffe sich von den Verhandlungen in Paris zudem die Schaffung verlässlicher und langfristiger Rahmenbedingungen. Müller ergänzt: „Nur so kann es im Bereich der Klimaschutzpolitik Investitionssicherheit geben, die die Unternehmen für ihre Investitionen unbedingt benötigen.“ Dabei müsse jeder Wirtschaftszweig im Rahmen seiner Möglichkeiten und unter Berücksichtigung von Aspekten der Kosteneffizienz sowie des Wettbewerbes seinen Beitrag zur Minderung der Treibhausgasemissionen leisten. Die Vorsitzende der BDEW-Hauptgeschäftsführung bemängelt zudem dass die Energiewende zur Zeit eine reine Stromwende sei: „Die Landwirtschaft, der

Wärme- und vor allem der Verkehrssektor bleiben weit unter ihren Möglichkeiten und müssen stärker in den Fokus rücken."

(me)

Stichwörter: Klimaschutz, BDEW, BMBF, BMUB, Klimagipfel, Paris, UN-Klimakonferenz